

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1973

Ausgegeben am 9. Jänner 1973

8. Stück

- 14.** Verordnung: Festsetzung der Gebühren für Impfungen nach den Internationalen Gesundheitsregelungen
- 15.** Verordnung: Zuweisung der Aufgaben eines Senates der Studienbeihilfenbehörde an einen anderen Senat
- 16.** Verordnung: Mindestsätze für die Bemessung der Ergänzungszulage für die Pensionsparteien des Dorotheums
- 17.** Kundmachung: Kundmachung gemäß § 33 Abs. 4 des Bundesstraßengesetzes 1971 hinsichtlich des Landes Kärnten
- 18.** Kundmachung: Regeneriersalz für Wasserenthärtungsanlagen
- 19.** Kundmachung: Ratifikation des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten an den Universitäten durch Belgien
- 20.** Kundmachung: Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über das Verfahren zur Festlegung von Tarifen für den Fluglinienverkehr
- 21.** Ungültigerklärung von Originalzeugnissen der Internationalen Kaffee-Organisation

14. Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 18. Dezember 1972, mit der die Gebühren für Impfungen nach den Internationalen Gesundheitsregelungen festgesetzt werden

Auf Grund des Art. 95 Abs. 2 der Internationalen Gesundheitsregelungen, BGBl. Nr. 377/1971, wird verordnet:

§ 1. Für die auf Grund der Bestimmungen der Internationalen Gesundheitsregelungen vorgenommene Impfung einer Person und die Ausstellung des Zeugnisses darüber sind Gebühren in nachstehendem Ausmaß zu entrichten:

- | | |
|--|-------|
| 1. Impfung gegen Pocken | 60 S |
| 2. Impfung gegen Cholera, für jede Injektion | 60 S |
| 3. Impfung gegen Gelbfieber | 240 S |

§ 2. Wird der Impfstoff von der zu impfenden Person beigebracht, so beträgt die Gebühr für die Vornahme der Impfung und die Ausstellung des Zeugnisses darüber:

- | | |
|--|-------|
| 1. Impfung gegen Pocken | 55 S |
| 2. Impfung gegen Cholera, für jede Injektion | 55 S |
| 3. Impfung gegen Gelbfieber | 151 S |

§ 3. Die Entrichtung einer Gebühr entfällt, wenn die Impfung und die Ausstellung des Zeugnisses darüber bei der Ankunft einer Person vor-

genommen wird (Art. 95 Abs. 1 lit. b der Internationalen Gesundheitsregelungen).

§ 4. Die Bestimmungen über die Einhebung von Verwaltungsabgaben werden dadurch nicht berührt.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Ersten des auf die Kundmachung folgenden zweiten Monats in Kraft.

Leodolter

15. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 20. November 1972 betreffend Zuweisung der Aufgaben eines Senates der Studienbeihilfenbehörde an einen anderen Senat

Auf Grund des § 10 Abs. 3 und des Art. II Abs. 4 des Studienförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 421/1969, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 330/1971 und BGBl. Nr. 286/1972 wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen verordnet:

Die Aufgaben des Senates der Studienbeihilfenbehörde an der Akademie der bildenden Künste in Wien werden dem Senat der Studienbeihilfenbehörde an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien zugewiesen.

Firnberg

16. Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 22. Dezember 1972 über die Mindestsätze für die Bemessung der Ergänzungszulage für die Pensionsparteien des Dorotheums

Auf Grund des Art. IV Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 12. Juni 1969, BGBl. Nr. 228, wird im Zusammenhang mit den §§ 1 Abs. 9 und 26 Abs. 5 des Pensionsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 340, sowie mit § 14 des Dorotheums-Bedienstetengesetzes, BGBl. Nr. 194/1968, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen verordnet:

§ 1. Der Mindestsatz im Sinne des § 26 Abs. 5 des Pensionsgesetzes 1965 beträgt für die Pensionsparteien des Dorotheums:

- a) für den Bediensteten des Ruhestandes 1800 S. Der Mindestsatz erhöht sich für die Ehefrau, die bei der Bemessung der Haushaltszulage zu berücksichtigen ist, um 775 S und für jedes Kind, das bei der Bemessung der Haushaltszulage zu berücksichtigen ist, um 200 S,
- b) für die Witwe 1800 S. Der Mindestsatz erhöht sich für jedes Kind, für das der Witwe eine Haushaltszulage gebührt, um 200 S,
- c) für eine Halbwaise bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres 672 S und nach diesem Zeitpunkt 1194 S,
- d) für eine Vollwaise bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres 1010 S und nach diesem Zeitpunkt 1800 S,
- e) für eine frühere Ehefrau 1800 S.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 1973 in Kraft.

Rösch

17. Kundmachung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 14. Dezember 1972 gemäß § 33 Abs. 4 des Bundesstraßengesetzes 1971 hinsichtlich des Landes Kärnten

Gemäß § 33 Abs. 4 des Bundesstraßengesetzes 1971 — BStG 1971, BGBl. Nr. 286, wird kundgemacht:

1. Im Land Kärnten sind gemäß § 33 Abs. 1 BStG 1971 folgende Straßen mit 1. September 1971 als Bundesstraßen aufgelassen:

(1) von der Tauern Autobahn die Abzweigung von Lieserhofen bei Seeboden zur Drautal Straße bei Lendorf

(2) von der ehemaligen Eberndorf-Lavamünder Straße die Strecke von der ehemaligen Eisenkappeler Straße in Eberndorf bis zur Einmündung in die neue B 81 Bleiburger Straße bei Loibegg

(3) von der Gailtal Straße die Verbindungsstrecke zur ehemaligen Triester Straße bei Thörl

(4) von der Gailtal Straße die Verbindungsstrecke in Kötschach-Mauthen

(5) von der ehemaligen Grafensteiner Straße die Strecke von der Packer Straße bei Rain über Grafenstein bis zur Einmündung in die B 85 Rosental Straße bei Wildenstein

(6) von der Großglockner Straße die Verkehrsschleife beim Pfarrhof in Heiligenblut

(7) von der Loiblpaß Straße die Abzweigung zur Staatsgrenze auf dem Loiblpaß

(8) von der Rosental Straße die Verbindungsstrecke Fürnitz—Federaun

(9) von der Rosental Straße die Verbindungsstrecke über Abriach nach Gallizien

(10) die ehemalige St. Pauler Straße zur Gänze.

2. Als Bundesstraßen werden im Land Kärnten erst durch das Bundesstraßengesetz 1971 erklärt (§ 33 Abs. 3 BStG 1971):

(1) die A 11 Karawanken Autobahn zur Gänze

(2) die S 40 Lurnfelder Schnellstraße zur Gänze

(3) von der B 81 Bleiburger Straße die Strecke von Sittersdorf (B 82) bis Loibegg

(4) die B 84 Faakersee Straße zur Gänze

(5) die B 86 Villacher Straße zur Gänze

(6) die B 87 Weißensee Straße zur Gänze

(7) die B 88 Kleinkirchheimer Straße zur Gänze

(8) die B 90 Naßfeld Straße zur Gänze.

3. Das Land Kärnten hat mit Wirkung vom 1. Oktober 1972 durch das nach seinen landesgesetzlichen Vorschriften zuständige Organ den künftigen Träger der Straßenbaulast hinsichtlich der unter Punkt 1 dieser Kundmachung genannten Straßen festgelegt.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1972 werden daher die in Punkt 2 dieser Kundmachung genannten Straßen als Bundesstraßen übernommen.

4. Hinsichtlich der Bestimmungen des § 33 Abs. 2 BStG 1971 und des § 33 Abs. 3 letzter Satz BStG 1971 wurde ein Übereinkommen zwischen dem Bund (Bundesstraßenverwaltung) und dem Land Kärnten abgeschlossen.

Moser

18. Kundmachung des Bundesministers für Finanzen vom 18. Dezember 1972 betreffend Festsetzung des Inlandverschleißpreises für Salztabletten (Regeneriersalz für Wasserenthärtungsanlagen)

Mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 13. Dezember 1972 (Gesetz vom

13. April 1920, StGBI. Nr. 180) wird der Inlandverschleißpreis für die aus den staatlichen Salinen zum Verkauf gelangenden Salztabletten (Regeneriersalz für Wasserenthärtungsanlagen) mit S 1570 — je Tonne, unverpackt, frachtfrei Bestimmungsstation nach dem Frachtsatz der Wagenladungshauptklasse, die dieser Salzsorte entspricht, festgesetzt.

Androsch

19. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 20. Dezember 1972 betreffend die Ratifikation des Europäischen Abkommens vom 15. Dezember 1956 über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten an den Universitäten durch Belgien

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates hat Belgien am 5. Juni 1972 seine Ratifikationsurkunde zum Europäischen Abkommen über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten

an den Universitäten (BGBl. Nr. 231/1957, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 51/1970) hinterlegt.

Kreisky

20. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 20. Dezember 1972 betreffend den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über das Verfahren zur Festlegung von Tarifen für den Fluglinienverkehr

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikationsurkunde zum Internationalen Übereinkommen über das Verfahren zur Festlegung von Tarifen für den Fluglinienverkehr (BGBl. Nr. 153/1971) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:
Dänemark	7. Juni 1972
Griechenland	31. Mai 1971
Norwegen	7. Juni 1972
Schweden	7. Juni 1972

Kreisky

21.

INTERNATIONAL COFFEE ORGANIZATION

Executive Director
22 Berners Street
London, England

ED Controls 41/72 (E)
2 November 1972
Original: English

CANCELLATION OF THE VALIDITY OF ORIGINAL CERTIFICATES REPORTED TO HAVE BEEN LOST DURING THE MONTH OF OCTOBER 1972

The Executive Director presents his compliments and in accordance with the procedure established in document ED Controls 28/72 invites the attention of Members to the attached list of original Certificates reported to have been lost in the month of October 1972.

2. Members are requested to inform their Customs authorities and Certifying Agencies that the validity of the Certificates listed has been cancelled and that, therefore, they must not be accepted for importing coffee, for crediting to transit stamp accounts or for splitting.

(Übersetzung)

INTERNATIONALE KAFFEE-ORGANISATION

Exekutivdirektor
22, Berners Street
London, England

ED Controls 41/72
2. November 1972
Original: Englisch

UNGÜLTIGERKLÄRUNG VON ORIGINALZEUGNISSEN, DIE ALS IM MONAT OKTOBER 1972 IN VERLUST GERATEN GEMELDET WURDEN

Der Exekutivdirektor empfiehlt sich den Mitgliedern und ersucht gemäß der im Dokument ED-Controls 28/72 festgelegten Vorgangsweise um Beachtung der angeschlossenen Liste über Originalzeugnisse, die als im Monat Oktober 1972 in Verlust geraten gemeldet wurden.

2. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Zollbehörden und ausstellenden Stellen dahingehend zu informieren, daß die Gültigkeit der angeführten Zeugnisse aufgehoben wurde und diese daher für den Import von Kaffee, für die Gutschreibung auf ein Transitmarkenkonto oder zur Ausstellung von Teilzeugnissen nicht angenommen werden dürfen.

Cancelled Certificates of origin

October 1972

Issuing Country	Certificate number	Date of issue	Type of coffee	Net weight (in kilos)	Shipping Marks	Vessel	Destination
Brazil	02-08-7565	5. 4. 72	green	7,500	WILLE-C-BA-1	"CARLOS BORGES"	Trieste
Brazil	02-09-5275	25. 8. 72	green	60,000	JASUL SPRAGCO TC-1	"ITAIMBE"	Houston
Brazil	02-09-5336	10. 8. 72	green	1,020,000	IBC — HONG KONG PA — 6	"FROTA TOQUIO"	Hong Kong
Brazil	02-09-5337	10. 8. 72	green	510,000	IBC — HONG KONG PA — 7	"ITAPE"	Hong Kong
Brazil	02-09-5443	14. 8. 72	soluble	108,245	CCCS/AZ	"NETUNO"	New York
Zaire	04-01-2954	13. 6. 72	green	10,157	P.O. ZAIRE MOAMBA LL OCR, 1949	"ISONZO"	Trieste
Guatemala	11-04-1868	12. 5. 72	green	138,000	SPRAGCO PRADO C-2151 HOUSTON	"ORMLUND"	Houston
Tanzania	33-01-810	25. 3. 72	green	1,500	COFFEE PROD OF TANZANIA SIMPAA/AA/GENOA I/T CIVITA VECCHIA	"VERA CRUZ"	Genoa
Kenya	37-01-2971	22. 8. 72	green	180,000	VOHORABROS COFFEE PROD. OF KENYA C 5281/NEW ORLEANS	"MAIHAR"	New Orleans

Die letzte Ungültigerklärung von Ursprungszeugnissen ist in BGBl. Nr. 425/1972 kundgemacht.

Kreisky